

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Stadt Siegburg setzt sich dafür ein, dass der Solidarverbund zur Finanzierung der Gesundheitskosten von Flüchtlingen im Rhein-Sieg-Kreis weiterhin bestehen bleibt und die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz dahingehend angepasst wird, dass eine Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete im gesamten Kreisgebiet möglich ist.

Sollte diese Anpassung der Solidarvereinbarung nicht möglich sein, soll der ursprüngliche Antrag, „die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich Einvernehmen mit dem nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium herzustellen und an der Rahmenvereinbarung zwischen dem nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium und den Krankenkassen teilzunehmen, damit auch Flüchtlinge in Siegburg eine Gesundheitskarte erhalten“ in der kommenden Sitzung des Ausschusses für kommunale Gesellschaftspolitik am 18.11.2015 beraten werden.

Mehrheitliche Ablehnung

Ja:	15 (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Nein:	28 (CDU, FDP, AfD, Dr. Fleck)
Enthaltung:	2 (DIE LINKE)

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Rat schloss sich der Empfehlung der Verwaltung – auch vor dem Hintergrund der Kündigungsfrist – eine bundeseinheitliche Regelung abzuwarten und die Mitgliedschaft im Solidarpakt weiter beizubehalten, an.

Einstimmiger Beschluss

Ja:	37 (CDU, SPD [7], Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE, AfD, Dr. Fleck)
Nein:	0
Enthaltung:	8 (SPD [2], Bündnis 90/DIE GRÜNEN)